



Position der Bundesregierung

zu einem künftigen EU-Jugendprogramm ab 2014

I Vorbemerkung

Im Rahmen der Europa 2020 Strategie werden die laufenden EU-Programme überprüft und Vorschläge zu deren Neuausrichtung ab 2014 entwickelt. Die Bundesregierung will sich mit dem vorliegenden Positionspapier an der inhaltlichen Debatte über die zukünftige programmatische Ausrichtung und Struktur der neuen Generation eines EU-Jugendprogramms beteiligen, ohne dass damit die deutsche Position zur nächsten finanziellen Rahmenplanung der EU 2014 – 2020 präjudiziert wird.

II Wirkungen des EU-Programms JUGEND IN AKTION 2007 – 2013

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat zur Bewertung des laufenden Programms JUGEND IN AKTION 2007 – 2013 in Deutschland im Jahr 2010 eine wissenschaftliche Zwischenevaluierung¹ in Auftrag gegeben. Diese kommt zusammenfassend zu folgenden Aussagen:

„Die Ergebnisse der Erhebungen verdeutlichen, dass das Programm in hohem Maße relevant für die Umsetzung der Europäischen Jugendpolitik ist. Es leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung non-formaler Lernprozesse sowie zur Förderung und Entwicklung von Schlüsselkompetenzen.

Der gesellschaftliche Mehrwert des Programms liegt zum einen in der nachhaltigen biografischen Relevanz des Programms für die Teilnehmenden, was sich in Einstellungs- und Verhaltensänderungen zu Gunsten gesellschaftlicher Partizipation niederschlägt. Die Evaluation bestätigt die hohe Wirksamkeit des Programms sowohl hinsichtlich sozialer und persönlicher als auch interkultureller Kompetenzen. Besonders die Stärkung interkultureller Kompetenzen ist hervorzuheben.“

¹ ISS e.V.: Zwischenevaluation des EU-Programms JUGEND IN AKTION 2007 - 2009 auf nationaler Ebene. Frankfurt 2010

1. Ergebnisse der Zwischenevaluierung der Programmumsetzung in Deutschland

Die nationalen Ergebnisse decken sich mit weiteren Untersuchungen zur Umsetzung des Programms². JUGEND IN AKTION fördert Fähigkeiten, Wissen und Kompetenzen junger Menschen, die für ihre persönliche, bürgerschaftliche und arbeitsmarktbezogene Entwicklung von Bedeutung sind:

- _ den Erwerb von Schlüsselkompetenzen,
- _ die Persönlichkeitsentwicklung und die Herausbildung sozialer Kompetenzen,
- _ sprachliche und interkulturelle Kompetenzen,
- _ die Förderung von Eigeninitiative, Unternehmergeist und Kreativität,
- _ die Bereitschaft, im Ausland zu leben, zu lernen oder zu arbeiten,
- _ die Orientierung für den weiteren Bildungsweg und die berufliche Laufbahn,
- _ die Erhöhung der Beschäftigungschancen,
- _ das europäische Bewusstsein, das Interesse an und Engagement für Europa,
- _ die Wertschätzung kultureller Vielfalt, Solidarität und Toleranz,
- _ das Engagement in Gesellschaft und Politik.

2. Aussagen der teilnehmenden Jugendlichen aus Deutschland:

- _ Bei 85 % ist das Bewusstsein für gemeinsame europäische Werte gestiegen. Über 80 % interessieren sich mehr für europäische Themen als vorher. 60 % fühlen sich mehr als Europäerinnen und Europäer als vorher. 45 % haben ihre Einstellung zur EU zum Positiven geändert.
- _ Mehr als doppelt so viele Jugendliche (60 %) als der EU-Durchschnitt der 18 bis 24-Jährigen (29 %) haben 2009 an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilgenommen.

² - EU-Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur: Qualitative Impact of the YOUTH IN ACTION Programme - Report of the 2010 Survey. Brüssel 2010

I- IKAB e.V.; Forschungsgruppe Jugend und Europa am C.A.P: "Unter der Lupe" - Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von JUGEND IN AKTION. Bericht 2009. Bonn 2010

- Dipl.-Soz.Arb. Yasmine Chehata, M.A.; Dipl.-Päd. Katrin Riß; Prof. Dr. Andreas Thimmel: Vielfalt on tour - Internationale Jugendbegegnungen in der Migrationsgesellschaft. Bericht der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprojekts "InterKulturell on Tour". Köln 2009

- _ 90 % geben an, mehr Wissen über ein anderes Land bzw. andere Kulturen gewonnen und darüber hinaus gelernt zu haben, mit Menschen aus anderen kulturellen Hintergründen zusammen zu arbeiten. 80 % sind offener für Europas Multikulturalität.
- _ Mehr als 90 % haben nach dem Projekt mehr Mut erworben, auch in der Zukunft mobil zu sein. Fast 80 % haben sich vorgenommen, ins Ausland zu gehen, um zu studieren oder zu arbeiten.
- _ Mehr als 80 % sind überzeugt, dass sie verschiedene Schlüsselkompetenzen erworben haben, wie z.B. Fremdsprachkompetenzen, interpersonelle, interkulturelle und sozialen Kompetenz und Bürgerkompetenz, kulturelle sowie unternehmerische Kompetenz.
- _ 90 % lernten besser im Team zusammen zu arbeiten. Ca. 80 % sehen sich besser in der Lage, gute Ideen zu entwickeln und zu realisieren, sowie ein Projekt zu planen und umzusetzen. 75 % können mehr als zuvor ihre Meinungen einbringen und mit Konflikten umgehen. 65 % können sich besser kreativ und künstlerisch auszudrücken.
- _ Zwei Drittel (66 %) haben eine klarere Vorstellung von ihrem weiteren Bildungsweg gewonnen. 65 % glauben, dass sich ihre beruflichen Chancen verbessert hätten. Mehr als 40 % haben Kontakte für ihren beruflichen Werdegang geknüpft.
- _ Knapp zwei Drittel (62 %) berichten, dass sie sich verstärkt gesellschaftlich oder politisch engagierten. 40 % haben sich nach dem Projekt *neu* ehrenamtlich engagiert. 75 % setzen sich stärker gegen Diskriminierung, Intoleranz und Rassismus ein.

3. Umsetzung des EU-Programms JUGEND IN AKTION 2007 – 2013

Rund 14 Mio. Euro und damit ca. 10 % des dezentralen Gesamtbudgets von JUGEND IN AKTION werden jährlich von Organisationen der freien und öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland verwendet. Damit werden rund 800 multilaterale Jugendbegegnungen, europäische Freiwilligendienste, Jugenddemokratieprojekte, Vernetzungstreffen mit insgesamt ca. 11.000 Jugendlichen sowie Fort- und Weiterbildungen mit ca. 2.000 Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe gefördert.

Mehr als 70 % aller teilnehmenden Jugendlichen gehören zu der Altersgruppe der 15 bis 25-Jährigen, knapp die Hälfte der teilnehmenden Jugendlichen kommt aus kleinen Städten und Gemeinden, gut 1/3 aller Teilnehmenden sind benachteiligte Jugendliche mit besonderem Förderbedarf.

Seit 2007 haben insgesamt ca. 1.050 Organisationen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland Fördermittel aus JUGEND IN AKTION verwendet. Die Ablehnungsquote für Projektanträge liegt budgetär bedingt jährlich bei über 40 %.

In den 31 Programmländern (EU, Lichtenstein, Norwegen, Island und Türkei) haben in 2009 mithilfe der rund 144 Mio. Euro Programmmittel rund 137.000 junge Menschen und Fachkräfte in mehr als 7.800 europäischen Projekten mitgewirkt.

III Anforderungen an ein EU-Jugendprogramm ab 2014:

Die Ergebnisse der Evaluierungen des aktuellen EU-Programms JUGEND IN AKTION 2007 – 2013 sind in dieses Positionspapier ebenso eingegangen, wie Stellungnahmen von Organisationen und Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland³.

1. Ein eigenständiges Jugendprogramm ab 2014 fortführen

Ein künftiges EU-Jugendprogramm sollte eigenständig und auf die spezifischen Belange des EU-Jugendbereiches ausgerichtet sein. Die neue Generation des EU-Jugendprogramms sollte auf den positiven Grundlagen des jetzigen Programms JUGEND IN AKTION aufbauen.

Das EU-Programm JUGEND IN AKTION 2007 – 2013 ist mit seinen Vorläuferprogrammen seit über 20 Jahren eine Erfolgsgeschichte. Zentraler Faktor für diesen Erfolg war und ist die Eigenständigkeit des Programms. Sie erlaubt eine spezifische Ansprache von jungen Menschen, von Fachkräften und von im Jugendbereich tätigen Organisationen. Sie unterstützt arbeitsfeldbezogene Formate und Methoden und eine Ausrichtung des Programms an den Bedarfen und Möglichkeiten von Jugendarbeit und Jugendpolitik und trägt damit maßgeblich zu den positiven Wirkungen des Programms bei. Die Zusammenlegung mit anderen Programmen im Bildungsbereich oder im Bereich der Förderung europäischer Bürgerschaft, gefährdet die Fortführung dieses Erfolges.

2. EU-Jugendprogramm zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie nutzen

Ein künftiges EU-Jugendprogramm sollte das europäische Instrument sein, um die vom Rat beschlossene EU-Jugendstrategie zu implementieren.

Der erneuerte Kooperationsrahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (EU-Jugendstrategie 2010 – 2018)⁴ fördert das Engagement junger Menschen und zielt darauf, mit Mitteln der Jugendarbeit und Jugendpolitik faire Chancen der Teilhabe in Bildung und Beruf für alle Jugendlichen zu eröffnen.

³ - Anforderungen an das künftige EU-Jugendprogramm ab 2014 Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, 28.10.2010

- Positionen des Deutschen Bundesjugendring zur Weiterentwicklung des Programms „Jugend in Aktion“ nach 2013, 26.08.2010

- Eckpunktepapier des Nationalen Beirats für das EU-Programm JUGEND IN AKTION zur künftigen Generation des EU-Programms JUGEND IN AKTION 2014 bis 2020; 21.12.2010

⁴ Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 27. November 2009 über einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010-2018) (2009/C 311/01)

Die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland ist eine jugendpolitische Priorität, auf die sich Bund und Länder⁵ verständigt haben. Ein künftiges EU-Jugendprogramm sollte die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland in ihrer transnationalen Dimension unterstützen und beispielsweise Jugendmobilität zu Lernzwecken außerhalb formaler Bildungseinrichtungen, spezifische Fachkräfteaustausche und jugendpolitische Peer-Learning-Prozesse fördern.

3. Dem Vertrag von Lissabon⁶ gerecht werden.

Ein künftiges EU-Jugendprogramm sollte dem Auftrag des Lissabonvertrages gerecht werden und neben dem Ausbau des Jugendaustauschs und des Austauschs sozialpädagogischer Betreuer die verstärkte Beteiligung der Jugendlichen am demokratischen Leben in Europa fördern.

Mit dem In-Kraft-Treten des neuen EU-Vertrages am 01. Dezember 2009 wurde die Beteiligung junger Menschen am demokratischen Leben in Europa zur Aufgabe der EU. Ein künftiges EU-Jugendprogramm sollte zum Unterstützungsinstrument dieses Auftrages werden und in der Tradition der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa seit 2002⁷ die Partizipation junger Menschen und den strukturierten Dialog zwischen Jugend und Politik⁸ fördern.

4. Ein künftiges EU-Jugendprogramm soll drei Ziele verfolgen

- **Non-formales und informelles Lernen ermöglichen**
- **Gesellschaftliche Beteiligung und europäischen Bürgersinn fördern**
- **Lebensbedingungen junger Menschen in Europa durch eine eigenständige Jugendpolitik verbessern**

- Non-formales und informelles Lernen ermöglichen

Ein künftiges EU-Jugendprogramm sollte jungen Menschen nachhaltige biografische Erfahrungen ermöglichen, die das Erlernen von Schlüsselkompetenzen in den Mittelpunkt stellen. Schlüsselkompetenzen sind diejenigen Kompetenzen, die alle Menschen für ihre

⁵ Beschluss der Jugend- und Familienministerkonferenz vom 17./18.06.2010 zur Umsetzung der Europäischen Jugendstrategie

⁶ EU-Vertrag Artikel 165

⁷ Entschließung des Rates und der im Rat Vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 27. Juni 2002 zu dem Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa

⁸ Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 13.11.2006 zur Umsetzung der gemeinsamen Ziele im Bereich Einbeziehung und Information der Jugendlichen

persönliche Entfaltung, soziale Integration, Bürgersinn und Beschäftigung benötigen.⁹ Dazu gehören auch interkulturelle und internationale (Handlungs-)Kompetenzen, die das Lernfeld Europa vermitteln kann. Positive Lernerfahrungen außerhalb der formalen Bildungseinrichtungen bieten auch Jugendlichen, die in formalen Bildungssystemen wenig erfolgreich sind, Lernerfolge und unterstützen ihre gesellschaftliche Teilhabe.

- Gesellschaftliche Beteiligung und europäischen Bürgersinn fördern

Ein künftiges EU-Jugendprogramm sollte die gesellschaftliche und politische Partizipation junger Menschen sowie ihr bürgerschaftliches Engagement in Europa fördern. Dazu gehört auch die Entfaltung eines europäischen Bewusstseins, die Wertschätzung von kultureller Vielfalt, Solidarität und Toleranz.

- Lebensbedingungen junger Menschen in Europa durch eine eigenständige Jugendpolitik verbessern

Ein künftiges EU-Jugendprogramm sollte die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Bereich der Jugendarbeit und der Jugendpolitik fördern, um die Lebensbedingungen junger Menschen in Europa zu verbessern. Dazu gehört im Sinne der EU-Jugendstrategie auch die Unterstützung des voneinander Lernens sowie die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses von Jugendpolitik für und mit jungen Menschen. Dabei spielt die ganzheitliche Betrachtung junger Menschen, ihre prinzipielle altersgerechte Partizipation, die Förderung individueller Potentiale sowie Inklusion eine entscheidende Rolle.

5. Bestehende Aktivitäten für und mit jungen Menschen weiterführen.

Ein künftiges EU-Jugendprogramm sollte weiterhin die Mobilität junger Menschen durch Jugendbegegnungen und den europäischen Freiwilligendienst anregen und fördern. Es sollte das Engagement in Jugendinitiativen, in Projekten der partizipativen Demokratie einschließlich der Begegnungen junger Menschen mit Verantwortlichen der Jugendpolitik unterstützen sowie Training und Vernetzung für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren vorsehen. Auch die spezifischen Kooperationen mit Partnerländern sollten fortgeführt werden. Darüber hinaus sollten die Unterstützung von Praxisaustauschen und jugendpolitischen Peer-Learning-Verfahren sowie Maßnahmen zur Förderung eines gemeinsamen

⁹ EMPFEHLUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zu Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen [Amtsblatt L 394 vom 30.12.2006].

Verständnisses von Jugendpolitik und der Weiterentwicklung gemeinsamer Instrumente (z.B. Qualifikationsnachweis Youthpass, Europäische Jugendberichterstattung) Programmaktivitäten sein.

6. Benachteiligte Jugendliche besonders im Fokus behalten

Ein künftiges EU-Jugendprogramm sollte verstärkt den Aspekt der fairen Chancen in den Mittelpunkt rücken und weitere Bemühungen zur Integration von benachteiligten und individuell beeinträchtigten Jugendlichen in allen Bereichen des Programms unternehmen. Dazu gehören flexiblere Projektformate, zielgruppenspezifische Zugangswege und passende Unterstützungs- und Vernetzungsangebote sowie der Austausch guter Praxis. Darüber hinaus erscheint es sinnvoll, experimentelle Projekte zu fördern, die an den Lebenslagen junger Menschen und der jugendpolitischen Praxis von Initiativen und Verbänden ansetzen, um verschiedene Inklusionsansätze zu erproben und zu entwickeln.

7. Gemeinsame Aktionen ermöglichen

Ein künftiges EU-Jugendprogramm sollte im Rahmen der eigenständigen Programmdurchführung Verbindungslinien mit anderen Programmen und Politikbereichen ermöglichen. Dabei sollte die Orientierung am realen Bedarf junger Menschen und einer größtmöglichen Wirkung auf ihre konkrete Lebenssituation maßgebend sein. Das Programm sollte insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene ein sinnvolles und einheitliches Gesamtbild von aufeinander abgestimmten Maßnahmen mit und für Jugendliche unterstützen.

8. Programmdurchführung weiter dezentralisieren und Verwaltung vereinfachen

Ein künftiges EU-Jugendprogramm sollte das zentralisierte Programmmanagement auf Modellaktionen und wenige Programmbereiche beschränken. Die Vorteile einer dezentralen Programmumsetzung durch nationale Agenturen, die im Feld der Jugendpolitik/Jugendarbeit angesiedelt sind, für die Ansprache spezifischer Zielgruppen und die Kooperation mit den Akteuren der lokalen, regionalen und nationalen Jugendarbeit sollten noch stärker genutzt werden.

Ein künftiges EU-Jugendprogramm bedarf darüber hinaus einer flexibleren Programmverwaltung, die an den Zielen eines Projektes ausgerichtet sind und den Grundsätze der partizipativen und jugendgerechten Umsetzung folgen.